

Einbahnstraße Integration?

Der Monnet-Mechanismus und seine Grenzen

»Die griechische Krise ist heute Abend vorbei«, so EU-Finanzkommissar Pierre Moscovici zum Abschluss des dritten Kreditprogramms für Griechenland im Juli 2018. Ein Blick auf die Geschichte der Währungsunion legt nahe, dass solchen Jubelmeldungen eine neue Krise auf dem Fuße folgt. Überhaupt stellt sich die Entwicklung der europäischen Integration als eine Abfolge von Krisen und Krisenbewältigung dar.¹ Es war kein Geringerer als Jean Monnet, der diesen Zusammenhang verdeutlichte: »Ich war immer davon überzeugt, daß Europa in Krisen entstehen wird und daß es die Summe der Lösungen sein würde, die man für diese Krisen findet.«²

Dieser immer wieder zitierte Satz wurde dahingehend verstanden, dass gerade die Krisen zum Zusammenwachsen Europas führen würden.³ Doch gilt dieser Krisen-Automatismus immer noch? An welche Bedingungen ist er geknüpft? Und vor allem: Worin besteht dieser – im Folgenden »Monnet-Mechanismus« (MM) genannte – Zusammenhang von Krise und Konvergenz im Einzelnen? Monnet hat sich in seinen oben zitierten Memoiren hierzu nicht weiter ausgelassen. Ungeachtet dessen wird im ersten Abschnitt versucht, die Logik des MM im Einzelnen auszudeuten (Abschnitt 1). Trotz seiner historischen und konzeptuellen Überzeugungskraft (Abschnitt 2) weist er doch auch Schwächen auf. Nicht jede Krise führt zu weiteren Integrationsschritten (Abschnitt 3). Gerade für die Befürworter der EU könnte es sinnvoll sein, auch über behutsame Desintegrationsschritte nachzudenken (Abschnitt 4).

1. Der Monnet-Mechanismus

Die Überzeugungskraft des MM speist sich aus dem mächtigen historischen Trend zum Ausbau supranationaler europäischer Institutionen, während gleichzeitig Krisendiskurse immer neue Gefährdungen des Integrationsprojekts heraufbeschwören. Mindestens drei Mechanismen lassen sich anführen, die helfen, den oft erstaunlich unbeirrten Europäisierungstrend zu verstehen: institutionelle Beharrungskräfte (a), der Sperrklinkeneffekt (b) und die mit der Pfadabhängigkeit verbundene Kostenasymmetrie (c).

1 Falkner 2016; Dinan et al. 2017; Kaelble 2017.

2 Monnet 1988, S. 528.

3 Wirsching 2015, S. 9; Webber 2017, S. 336.

(a) Zunächst ist zu betonen, dass die europäische Integration keinem souverän entworfenen Plan folgt. Sie hat auch nicht mit einer zentralen Gestaltungsmacht begonnen. Die Ausklammerung der Finalität ist vielmehr ein Geheimnis ihres Erfolgs: Die verschiedenen Akteure konnten jeweils hoffen, ihre Integrationsvorstellungen würden sich letztlich durchsetzen. Die gefundenen Lösungsformeln waren meist Ergebnisse langwieriger Verhandlungen, in denen die unterschiedlichen Interessen zu komplizierten Paketen geschnürt wurden, deren künftige Konsequenzen auch die Verhandlungspartner im Einzelnen oft gar nicht absehen konnten.⁴

Dieses so entstandene komplexe und fragile Gebilde wird durch Selbstbindung gesichert. Charakteristikum der Europäischen Union ist, dass sich ihre Mitgliedstaaten freiwillig verpflichten, dem Recht der Europäischen Union auf ihren Territorien unter der Maßgabe Geltung zu verschaffen, dass alle anderen Mitgliedsländer dies auch tun.⁵ Um ein stets drohendes Ausscheren einzelner Mitgliedstaaten zu verhindern, müssen neutrale, überwachende Institutionen geschaffen werden. Einmal mit Machtbefugnissen ausgestattet, entwickeln diese Institutionen natürlich auch Eigeninteressen und werden versuchen, ihre Zuständigkeiten zu erweitern.⁶ Ganz besonders erfolgreich in seiner Selbstermächtigung war der Europäische Gerichtshof:⁷ Bereits in der Entscheidung »Van Gend & Loos gegen niederländische Finanzverwaltung« (1963) behauptete der Gerichtshof den unbedingten Vorrang des Unionsrechts – von dem im ursprünglichen EWG-Vertrag gar nicht die Rede war –, welche er in der Folgezeit weidlich zugunsten der EU-Integration auslegte. In der Folge dieser Selbstermächtigung wurden nationale Schutzstandards im Namen des Binnenmarktprogramms ausgehöhlt, ohne dass europäische Schutzstandards an ihre Stellen getreten wären.⁸

(b) Während mit der Beharrungskraft und dem Eigeninteresse einmal geschaffener Organisationen immer zu rechnen ist, stellt die vertragliche Basis des Policy-Systems der Europäischen Union eine Besonderheit dar. Es handelt sich um völkerrechtliche Verträge mit quasi Verfassungsrang. Dies führt zu einem Sperrklinkeneffekt: Einmal auf die europäische Ebene übertragene Kompetenzen können in der Regel nicht mehr zurückgeholt werden, selbst wenn dies noch so sinnvoll wäre.⁹ Denn eine Vertragsänderung erfordert Einstimmigkeit, die nicht zu erwarten ist, solange auch nur ein Mitglied von der bestehenden Regel profitiert. Zudem müsste auch die Kommission zustimmen. Somit stellt jedes Verhandlungsergebnis einen änderungs-

4 Marks 1997; Immerfall, Therborn 2010.

5 Bach 2015.

6 Pierson 1996.

7 Middelaar 2016, S. 101.

8 Grimm 2015.

9 So wäre zu fragen, ob die europäischen wirtschaftlichen Grundfreiheiten in jedem Fall über den nationalen Arbeitnehmerrechten stehen.

resistenten Status quo dar.¹⁰ Damit fehlt es der Integrationspolitik bisher fast¹¹ völlig an der Fähigkeit zur Selbstkorrektur.¹²

(c) Den bisher eingeschlagenen Weg, den »Fortschritt« der europäischen Integration zu verlassen, ist auch gemäß den mit der Logik der Pfadabhängigkeit verbundenen »gesunkenen Kosten« unwahrscheinlich. Im Verlauf des Integrationsprozesses wurden erhebliche (politische und ökonomische) Kosten aufgewendet, die einen Rechtfertigungsdruck eigener Art erzeugen. Außerdem haben zurückliegende Etappen Modelle für künftiges Handeln erzeugt.¹³ Somit liegt es nahe, neue Probleme mit den bereits eingeführten Werkzeugen und Lösungsansätzen zu bearbeiten. Diesen scheinbar bekannten und beherrschbaren Größen stehen unbekannte Kosten gegenüber, die beispielsweise mit einer teilweisen Desintegration der Währungsunion verbunden wären. Zwar gibt es, wie Fritz Scharpf¹⁴ zeigt, auch »Kosten der Nicht-Desintegration«. Das sind Kosten, die mit der Beibehaltung und Fortführung des erreichten Integrationsniveaus verbunden sind, beispielsweise die verloren gegangene Möglichkeit der einstigen Weichwährungsländer (insbesondere Italien mit seiner Lira), Wettbewerbsvorteile über Abwertung statt über Lohnsenkung zu gewinnen. Diesen – nicht genau spezifizierbaren – Kosten stehen aber erhebliche Unsicherheiten, Unwägbarkeiten und Folgewirkungen gegenüber, sollte die Währungsunion auch nur in Teilen aufgegeben werden. Diese Risiken schrecken ab, sodass versucht wird, die Währungsunion in der Hoffnung aufrechtzuerhalten, ihre prinzipiellen Probleme würden irgendwann einmal verschwinden.

2. Die Überzeugungskraft des Monnet-Mechanismus ...

Die Geschichte der europäischen Einigung ist von Anfang an eine Abfolge von Krisen: das Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (1954), De Gaulles Politik des leeren Stuhls (1965),¹⁵ der Beinahezusammenbruch des Europäischen Währungssystems (1992/93), das Nein zum europäischen Verfassungsvertrag (2005), um nur einige zu nennen. Was genau eine Krise ist – ob Entscheidungsblockaden bei grundlegenden neuen Herausforderungen der europäischen Integration¹⁶ oder existentieller Handlungsdruck¹⁷ –, kann an dieser Stelle offenbleiben.

10 Scharpf 2015; Genschel, Jachtenfuchs 2016.

11 Natürlich sind bei entsprechendem Druck Änderungen nicht ausgeschlossen. So gelang es dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, den Widerstand der osteuropäischen Länder gegen eine Reform der Regeln für ausländische Arbeiter (EU-Entsenderichtlinie) zu überwinden. Mit der Reform soll Lohndumping vermindert werden.

12 Kielmansegg 2015, S. 31.

13 Wirsching 2015, S. 165.

14 Scharpf 2016.

15 Aus Ärger über die Reform des Agrarhaushalts blockierte Frankreich (durch Fernbleiben vom Ministerrat) bis Anfang 1966 Entscheidungen der EG.

16 Kaelble 2014, S. 32–34.

17 Eppler, Scheller 2013, S. 12.

Manche Krisen wurden auch nur beschworen, um Gelegenheiten für Integrationsinitiativen zu schaffen.¹⁸ Krisen sind das, was als solche wahrgenommen werden, als Bedrohung der Funktionsfähigkeit, gegebenenfalls sogar des Bestands der EU.

Nicht jede Krise führte zu mehr Integration. Die Auseinandersetzung um den Britenrabatt im Gefolge der 1984 beschlossenen Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs (VK-Korrektur) hat die EU sicherlich nicht gestärkt. Gemäß dem MM schaffen heutige Entscheidungen künftige Handlungszwänge. Deshalb sollten vor allem selbstgeschaffene (endogene) Krisen als Katalysator für Integrationsschübe wirken. Zu den endogenen Krisenfolgen gehört die gemeinsame Währung zwischen höchst unterschiedlichen Wirtschaftsräumen, da eine solche ohne politische Union notwendigerweise instabil sein würde. Zu den selbstgeschaffenen gehört ferner, dass die Abschaffung von Binnengrenzen das Problem nach sich ziehen musste, wie mit der Außengrenze umzugehen sei.

Der MM bezieht sich nur auf endogene Krisen; über die Folgen exogener Krisen vermag er keine Aussage zu machen. Zu diesen gehört der Zusammenbruch der Sowjetunion oder – gegenwärtig – die vordem nicht vorstellbare Tatsache, dass ein amerikanischer Präsident die transatlantische Zusammenarbeit nicht nur in Einzelfragen, sondern im Grundsatz infrage stellt. Schien der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa zunächst den Erfolg des europäischen Integrationsprojekts eindrucksvoll zu bestätigen, brachte die nachfolgende Osterweiterung doch auch Spannungen und Probleme bis hin zur Gefahr der Überdehnung mit sich. Umgekehrt könnte es sein, dass ein Präsident Trump ungewollt den Zusammenhalt der Gemeinschaft fördert.

Eine genaue Abgrenzung zwischen endogenen und exogenen Krisenfolgen ist oft kaum möglich. So ist zwar der Brexit Folge eines missglückten, innenpolitisch motivierten Vabanquespiels und somit eine exogene Krise. Andererseits hätte er womöglich bei mehr Entgegenkommen der Partner vermieden werden können. Dazu hätten jedenfalls die ehemaligen Hartwährungsländer (Deutschland, Niederlande, Finnland und Österreich) allen Grund gehabt, da sie ohne Großbritannien im EU-Ministerrat ihrer Sperrminorität verlustig gehen. Auch die Finanzkrise hat 2008 zwar außerhalb der EU, in den USA, ihren Ausgang genommen. Ihr weiterer Verlauf als Euro-Finanzkrise wurde aber von institutionellen Faktoren der Euro-Zone und der Legitimations- und Organisationsbasis der Europäischen Union maßgeblich geprägt.¹⁹

Der Brexit stellt in einer weiteren Hinsicht eine Krise außerhalb des Geltungsbereichs des MM dar. Bei einem Scheitern der Austrittsverhandlungen wären alle bislang erzielten Einigungen hinfällig, auch die der zweijährigen Übergangszeit. Großbritannien fiele aus Sicht der EU abrupt auf den Status eines Drittlands, das nach den Regeln der Welthandelsorganisation WTO zu behandeln wäre. Für Kooperationen etwa in der Sicherheits- oder Verbrechensbekämpfung würden die Rechtsgrundlagen entfallen. Auch wenn ein solches Ergebnis für beide Seiten höchst uner-

¹⁸ Dinan 2017, S. 29.

¹⁹ Immerfall 2013.

wünscht wäre, ist es keineswegs auszuschließen, da die Verhandlungen unter starkem Zeitdruck stattfinden und keiner als vermeintlicher Verlierer dastehen darf.

In der Summe ist die Geschichte der europäischen Integrationskrisen dennoch eine Geschichte erfolgreicher Krisenbewältigung. Die Europäische Gemeinschaft stellt sich somit als Problemerzeugungs- und zugleich als Problemlösungsmaschine dar. Dieser Apparat ist so konstruiert, dass eine Dekonstruktion in Teilbereichen kaum möglich ist. Dies war von seinen Konstrukteuren genauso beabsichtigt, wie sich erneut bei der Einführung der Einheitswährung zeigte. Aufgrund der anfänglich nicht durchsetzbaren fiskalischen und politischen Union war es ihren Architekten sehr wohl bewusst, dass angesichts struktureller Ungleichgewichte Krisen zwischen den Mitgliedern vorbestimmt sein würden. Diese Spannungen würden dann die aufgeschobene Vergemeinschaftung unvermeidlich machen.²⁰ Tommaso Padoa-Schioppa, von 1979 bis 1983 Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Gemeinschaft, drückte dies so aus: »Der Weg zu einer gemeinsamen Währung gleicht einer Kettenreaktion, bei der jeder Schritt einen zuvor existierenden Widerspruch auflöst und zugleich einen neuen erzeugt, der einen weiteren Schritt nach vorne erfordert.«²¹

In der Tat wurden Krisen immer bewältigt; womöglich nicht immer im Sinne Monnets,²² aber doch so, dass eine Rückübertragung gemeinschaftlicher Kompetenzen an die Nationalstaaten vermieden wurde. Das einmal Erreichte – der berühmte *acquis communautaire* – wurde nicht infrage gestellt. Krisen wurden vielmehr als Starthilfen für die nächsten Schritte der Integration benutzt.²³ Noch immer wurde der Wille der europäischen politischen Elite unterschätzt, das einmal Geschaffene zu bewahren. Daraus erklärt sich die Überzeugungskraft des MM.

3. ... und seine Grenzen

Unter welchen Umständen stärkt eine Krise nicht den Willen zur Gemeinschaft, sondern die Zentrifugalkräfte der Union? Auf den ersten Blick wäre zu vermuten, dass dieser Punkt dann erreicht wäre, wenn die Bevölkerungen der europäischen Integration ihre Unterstützung entzögen. Allerdings nimmt die Zustimmung bereits seit dem Maastricht-Vertrag ab, ohne dass dies die politischen Eliten in ihrem Integrationskurs beindrückt hätte.²⁴ Zwar kamen mit der Krise der Euro-Zone ab 2009 die wechselseitigen Schuldzuweisungen und die Rückkehr der nationalen Stereotype hinzu. Interessanterweise ist jedoch die Kritik am Euro in den Nicht-Euro-Zonen-Ländern weitaus stärker ausgeprägt als in den Euro-Zonen-Ländern.²⁵

20 Siehe die entsprechenden Zitate bei Elliott, Atkinson 2017, S. 11 f.

21 Padoa-Schioppa 2004, S. 14; Übersetzung S.I.

22 Schwabe 2016.

23 Lefkofridi, Schmitter 2015.

24 Haller 2009; Immerfall et al. 2010; Immerfall 2018.

25 Guiso et al. 2016.

Dies spricht eher für die Wirksamkeit des MM, wonach die Furcht vor dem Unbekannten – die Rückkehr zur nationalen Währung – auch bei den Bevölkerungen wirksam ist. Hinzu kommt, dass die europäischen Eliten Mittel und Wege gefunden haben, die Regierungsfähigkeit der EU »heimlich« – ohne Zustimmung ihrer Bevölkerungen – zu stärken, indem sie Befugnisse auf Institutionen übertragen haben, die dem demokratischen Zugriff entzogen sind.²⁶ Allerdings ist mit dieser »heimlichen Integration« (»integration by stealth«) die Gefahr verbunden, dass sie antiliberalen und antieuropäische Gegenreaktionen provoziert.²⁷

Diese Gefahr ist umso größer, als die Flüchtlings- und Migrationskrise die populistische Reaktion zusätzlich begünstigt. Sie hat »zu einer Renationalisierung der Politik und zu einer Wiederauferstehung der Ost-West-Spaltung geführt«,²⁸ Beträchtliche Teile in den mittel-osteuropäischen Gesellschaften haben das Gefühl, ihnen würden kulturelle Veränderungen aufgezwungen, die sie nicht wollen. Derzeit erleben wir zwar eine Konvergenz der Einstellungen, allerdings dergestalt, dass auch in Westeuropa die Abneigung gegen offene Grenzen steigt. Immerhin lassen sich somit Möglichkeiten ausmachen, in der Flüchtlingskrise zwischen nationalstaatlichen Präferenzen zu vermitteln.²⁹ Die sich abzeichnende Gemeinsamkeit besteht vor allem in einer EU-Politik, die auf eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen setzt und von einer zwangsweisen Umverteilung von Asylbewerbern absieht.

Was aber, wenn zentrale politische Eliten eines Landes an künftige Wohlfahrts-gewinne durch die EU nicht mehr glauben? Dann stellt sich die Frage, bis zu welchem Maße andere Mitgliedsländer bereit wären, dieses Land auf Dauer zu entschädigen. Dies ist womöglich die Situation, vor der Italien und mit ihr die Währungsunion, wenn nicht die ganze EU steht. Angesichts dauerhaft anämischer Wachstumsraten ist Italien von einem der stärksten Befürworter der europäischen Integration zu einem fundamentalen Skeptiker geworden. Es fällt schwer, den Glauben an den größeren gemeinsamen Vorteil aufrechtzuerhalten, wenn – was auch immer die Ursachen sein mögen – das Bruttoinlandsprodukt für 2018 nicht größer als jenes für 2002 erwartet wird.³⁰

Zweifelloos verfügt Italien über ein ungleich höheres Drohpotenzial, als es Griechenland je hatte. Ebenso wie seinerzeit Frankreich wird man Italien an der Missachtung der europäischen Defizitregeln nicht hindern können. Angesichts seiner Größe würden Maßnahmen, wie sie bislang für Spanien, Portugal, Griechenland und Irland durchgeführt wurden, die Euro-Zone im Ernstfall weit überfordern.³¹ Hinzu kommen gigantische Defizite Italiens im Zahlungssystem der Notenbanken der Euro-Zone. Die Ökonomen sind sich zwar uneins, wie dieses System aus Forderungen (unter anderem der Deutschen Bundesbank) und Verbindlichkeiten (der

26 Schmidt 2016.

27 Kreuder-Sonnen 2018.

28 Krästev 2017, S. 54.

29 Immerfall 2018, S. 124–129.

30 *La Repubblica* vom 27. August 2018. Zum Vergleich Deutschland: plus 30 Prozent.

31 Mody 2018.

Banca d'Italia) zu bewerten sind. Sicher ist aber, dass die Zahlungsbilanzsalden darauf hindeuten, dass viele Marktteilnehmer ein Auseinanderfallen der Währungsunion nicht ausschließen. Bei einem Austritt Italiens muss sicherlich mit erheblichem Abschreibungsbedarf auf Seiten der Europäischen Zentralbank gerechnet werden. Sollte sich Italiens Regierung dazu entschließen, würden gegenteilige vertragliche Regelungen sie letztlich nicht binden können.³²

4. Resümee

Der Ausbau der EU erfolgte in einer Weise, dass er nicht rückholbar erscheint. Sie ist ein Gebäude ohne Notausgang. Das ist die Stärke und die Schwäche des EU-Gefüges zugleich: Die Konstruktion stabilisiert den Integrationsstand, verhindert aber auch dort flexiblen Rückbau, wo sich Integrationsschritte als überzogen erwiesen haben. Denn jede Umgestaltung steht im Verdacht, das Ganze der EU zu gefährden.³³

Am Mangel alternativer Vorstellungen ist die Europaforschung mit ihrer einseitigen Perspektive auf »mehr Europa« nicht unschuldig.³⁴ Doch wie der Brexit gezeigt hat, stellt der »Monnet-Mechanismus« kein Naturgesetz dar. Er hat seine Stärke in Bezug auf endogene Krisen, dies aber nur, solange die Mitgliedsländer die Hoffnung auf künftige Wohlfahrtsgewinne durch Selbstbindung nicht verlieren oder kein Mitglied Kompensationen in einer Höhe fordert, welche die Geberländer nicht mehr willens zu zahlen sind. Dieser Argumentation folgend, wäre es vorausschauend, die europäische Interdependenzdichte zurückzunehmen und mehr nationale und regionale Beinfreiheit zuzulassen.

Der Zerfall der EU ist nicht mehr undenkbar. Umso mehr sind Reformdiskussionen jenseits von (immer) »mehr Europa« dringend geboten. Es gilt, die Aufforderung des Weißbuchs der EU-Kommission zur Zukunft der EU auch in Bereichen aufzugreifen, wo der Zusatznutzen der EU-Aktivitäten »als eher begrenzt wahrgenommen wird«.³⁵

Literatur

- Bach, Maurizio 2015. *Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der Europäischen Integration*. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Becker, Johannes; Fuest, Clemens 2017. *Der Odysseus-Komplex. Ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise*. München: Hanser.
- Bulmer, Simon; Joseph, Jonathan 2016. »European integration in crisis? Of supranational integration, hegemonic projects and domestic politics«, in *European Journal of International Relations* 22, 4, S. 725–748.
- Dinan, Desmond 2017. »Crises in EU history«, in *The European Union in crisis*, hrsg. v. Dinan, Desmond; Nugent, Neill; Paterson, William E., S. 16–33. London: Palgrave Macmillan.

32 Becker, Fuest 2017.

33 Höpner 2015.

34 Bulmer, Joseph 2016; Eppler 2017

35 Europäische Kommission 2017, S. 22.

- Dinan, Desmond; Nugent, Neill; Paterson, William E. 2017. *The European Union in crisis*. London: Palgrave Macmillan.
- Elliott, Larry; Atkinson, Dan 2017. *Europe didn't work. Why we left and how to get the best from Brexit*. New Haven: Yale University Press.
- Eppler, Annegret 2017. »Flexible Integration zwischen integrativem Fort- und Rückschritt«, in *integration* 40, 3, S. 207–217.
- Eppler, Annegret; Scheller, Henrik, 2013. »Zug- und Gegenkräfte im europäischen Integrationsprozess«, in *Zur Konzeptionalisierung europäischer Desintegration. Zug- und Gegenkräfte im europäischen Integrationsprozess*, hrsg. v. Eppler, Annegret; Scheller, Henrik, S. 11–43. Baden-Baden: Nomos.
- Europäische Kommission 2017. *Weissbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien*. Europäische Kommission COM(2017) 2025, 1. März 2017. Brüssel. https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf (Zugriff vom 08.10.2018).
- Falkner, Gerda 2016. »The EU's problem-solving capacity and legitimacy in a crisis context. A virtuous or vicious circle?«, in *West European Politics* 39, 5, S. 953–970.
- Genschel, Philipp; Jachtenfuchs, Markus 2016. »Conflict-minimizing integration: how the EU achieves massive integration despite massive protest«, in *The end of the Eurocrats' dream. Adjusting to European diversity*, hrsg. v. Chalmers, Damian et al., S. 166–189. Cambridge: Cambridge University Press.
- Grimm, Dieter 2015. »Auf der Suche nach Akzeptanz. Über Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der Europäischen Union«, in *Leviathan* 43, 3, S. 325–338.
- Guiso, Luigi; Sapienza, Paola; Zingales, Luigi 2016. »Monnet's error?«, in *Economic Policy* 31, 86, S. 249–297.
- Haller, Max 2009. *Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Höpner, Martin 2015. »Der integrationistische Fehlschluss«, in *Leviathan* 43, 1, S. 29–42.
- Immerfall, Stefan 2013. »Über die Euro-Krise zur Fiskalunion? Mögliche Lehren für europäische Integration«, in *Zeitschrift für Politik* 60, 2, S. 194–206.
- Immerfall, Stefan 2018. *Europa – politisches Einigungswerk und gesellschaftliche Entwicklung*. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Immerfall, Stefan; Boehnke, Klaus; Baier, Dirk 2010. »Identity«, in *Handbook of European societies. Social transformations in the 21st century*, hrsg. v. Immerfall, Stefan; Therborn, Göran, S. 325–353. New York: Springer.
- Immerfall, Stefan; Therborn, Göran 2010. »Conclusion: European integration and the elusive European dream«, in *Handbook of European societies. Social transformations in the 21st century*, hrsg. v. Immerfall, Stefan; Therborn, Göran, S. 667–678. New York: Springer.
- Kaelble, Hartmut 2014. »Eine beispiellose Krise? Die Krise der europäischen Integration seit 2010 im historischen Vergleich«, in *Krise der europäischen Vergesellschaftung?*, hrsg. v. Heidenreich, Martin, S. 31–51. Wiesbaden: Springer VS.
- Kaelble, Hartmut 2017. »Die Gesellschaften der Europäischen Union. Zusammenwachsen und Krise 1957–2014«, in *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 15, 1, S. 156–172.
- Kielmansegg, Peter Graf 2015. *Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte*. Baden-Baden: Nomos.
- Krăstev, Ivan 2017. *Europadämmerung. Ein Essay*. 3. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Kreuder-Sonnen, Christian 2018. »An authoritarian turn in Europe and European studies?«, in *Journal of European Public Policy* 25, 3, S. 452–464.
- Lefkofridi, Zoe; Schmitter, Phillippe C. 2015. »Transcending or descending? European integration in times of crisis«, in *European Political Science Review* 7, 1, S. 3–22.
- Marks, Gary 1997. »A third lens: comparing European integration and state building«, in *European integration in social and historical perspective. From 1850 to the present*, hrsg. v. Klausen, Jytte; Tilly, Louise, S. 23–44. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Middelaar, Luuk van 2016. *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa*. Berlin: Suhrkamp.
- Mody, Ashoka 2018. *Eurotragedy. A drama in nine acts*. New York: Oxford University Press.
- Monnet, Jean 1988. *Erinnerungen eines Europäers*. Aus dem Französischen von Werner Vetter. Baden-Baden: Nomos.

- Padoa-Schioppa, Tommaso 2004. *The Euro and its Central Bank. Getting united after the Union*. Cambridge: MIT Press.
- Pierson, Paul 1996. »The path to European integration: a historical institutionalist analysis«, in *Comparative Political Studies* 29, 2, S. 123–163.
- Scharpf, Fritz W. 2015. »Das Dilemma der supranationalen Demokratie in Europa«, in *Leviathan* 43, 1, S. 11–28.
- Scharpf, Fritz W. 2016. »The costs of non-disintegration: the case of the European Monetary Union«, in *The end of the Eurocrats' dream: adjusting to European diversity*, hrsg. v. Chalmers, Damian; Jachtenfuchs, Markus; Joerges, Christian, S. 29–49. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schmidt, Vivien A. 2016. »Reinterpreting the rules ›by stealth‹ in times of crisis. A discursive institutionalist analysis of the European Central Bank and the European Commission«, in *West European Politics* 39, 5, S. 1032–1052.
- Schwabe, Klaus 2016. *Jean Monnet. Frankreich, die Deutschen und die Einigung Europas*. Baden-Baden: Nomos.
- Webber, Douglas 2017. »Can the EU survive?«, in *The European Union series: the European Union in crisis*, hrsg. v. Dinan, Desmond; Nugent, Neill; Paterson, William E., S. 336–359. London: Palgrave Macmillan.
- Wirsching, Andreas 2015. *Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989*. München: C. H. Beck.

Zusammenfassung: Jean Monnets berühmte Voraussage, wonach Europa in Krisen entstehen und die Summe der Lösungen sein würde, die man für diese Krisen findet, gewinnt seine Überzeugungskraft durch die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses. Der Beitrag versucht, die Logik des »Monnet-Mechanismus« im Einzelnen zu verdeutlichen und so den oft erstaunlich unbeirrten Europäisierungstrend besser zu verstehen. Dadurch werden auch seine Grenzen deutlich. Für die Europäische Union könnte es sich als notwendig erweisen, auch über behutsame Desintegrationsschritte nachzudenken.

Stichworte: Europäische Union, Jean Monnet, Konvergenz, Krise

One-way ticket to integration? The Monnet-mechanism and its limits

Summary: Jean Monnet's famous prophecy, that Europe will be forged in crises and be the sum of the solutions adopted for those crises, seems to be vindicated by the history of the European Union. The article looks into the inner workings of »Monnet-mechanism«. Identifying its components helps to understand the surprisingly steadfast trend towards integration. At the same time, the limits of this mechanism become clear. Proponents of the European Union may be well advised to also contemplate sensitive steps towards lowering the requirements of integration.

Keyword: European Union, Jean Monnet, convergence, crisis

Autor

Stefan Immerfall
Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd
University of Education
Abteilung Soziologie
Oberbettringer Straße 200
73525 Schwäbisch Gmünd
Stefan.Immerfall@ph-gmuend.de